



1. OB z.K.  
2. 012 Mo 02/12.

## Fraktion der Bürgerbewegung pro NRW im Rat der Stadt Leverkusen

pro NRW – Humboldtstr. 2a – 51379 Leverkusen

Stadt Leverkusen  
Herrn Oberbürgermeister  
Reinhard Buchhorn  
Haus-Vorster-Str. 8  
51379 Leverkusen

per Fax 02 14 - 406 88 82

Manfred Rouhs

Telefon: 0 21 71 / 39 49 639

Telefax: 0 21 71 / 39 58 711

fraktion@pro-nrw.net

02  
12 09

02  
12 09 h

02.12.2009

**Antrag: Resolution an die Landesregierung für ein Minarettverbot**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion pro NRW bitten Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates der Stadt Leverkusen aufzunehmen:

Der Rat der Stadt Leverkusen richtet folgende Resolution an die Landesregierung:

Die Landesregierung, vertreten durch den Minister für Bauen und Wohnen, wird in einer Resolution aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung vom 1. März 2000 geltende Bauordnung (BauO NRW) dahingehend zu ändern, daß in § 12, der die Gestaltung von Bauwerken regelt, explizit ein Minarettverbot hinzugefügt wird. Ferner fordert der Rat der Stadt Leverkusen den Oberbürgermeister dazu auf, die bisher vorhandenen Unterlassungen der Landesbauordnung bezüglich eines Verbotes von Minaretten im Rahmen seiner Möglichkeiten für das Gebiet der Stadt Leverkusen auszugleichen, bis eine einheitliche Regelung für das Land Nordrhein-Westfalen gefunden worden ist.

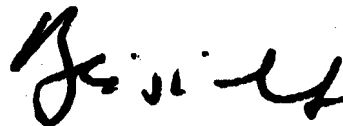
**Begründung:**

Das Minarett ist nicht nur religiöses Symbol, sondern steht für die vom Islam beanspruchte Vormachtsstellung über diejenigen, die nach islamischem Recht nicht der Gemeinschaft der Muslime (Umma) angehören. Überall dort, wo ein Minarett gebaut wird, setzt der Islam ein weiteres Herrschaftszeichen gegenüber der christlichen und jüdischen Mehrheitsbevölkerung in Deutschland und Europa. Es ist deshalb nicht hinnehmbar, daß ein Landesgesetz durch Unterlassung die Errichtung eines antisemitischen und -christlichen Bauwerkes, wie es das Minarett darstellt, billigend in Kauf nimmt. Hier sind die demokratisch legitimierte Institutionen auf allen Ebenen unseres politischen Systems gefordert, ihren Kompetenzen entsprechend auf den Verlauf der Gesetzgebung einzuwirken. Ansonsten machen sie sich mitschuldig an der Diskriminierung von Christen und Juden in unserem Land!

Mit freundlichen Grüßen



Manfred Rouhs  
- Geschäftsführer -



Markus Beisicht  
- Vorsitzender -